

Presseinformation

Thema: Abfallentsorgung
Datum: 02.04.2004

Buchholz und Hinz: 500-Millionen-Entscheidung ist Meilenstein für die Berliner Abfallentsorgung - Entsorgungssicherheit für Berlin zu sozialverträglichen Preisen

Genau ein Jahr nach dem Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses hat die BSR jetzt die Gewinner der EU-weiten Ausschreibungen zur Berliner Restmüllentsorgung bekannt gegeben.

Daniel Buchholz, der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, dazu wörtlich: „Das Ergebnis der drei Ausschreibungen ist ein echter Gewinn für Berlin. Die europäischen Umweltvorgaben, die ab dem 1. Juni 2005 in Deutschland verbindlich sind, werden vom Land Berlin fristgerecht erfüllt. Darüber hinaus wurden sämtliche Vorgaben des Berliner Parlamentsbeschlusses vom 27.03.03 eingehalten, die verbindlichen Ökokriterien bei der Ausschreibung haben sich glänzend bewährt. Viele Befürchtungen und Gerüchte, die in den letzten Monaten durch die Stadt geisterten, haben sich damit in Luft aufgelöst.

Herauszuheben sind vier Punkte:

- 1 Es wird keine neue Müllverbrennungsanlage in Berlin gebaut, weder in Lichtenberg noch in Spandau.
- 2 Trotz der europaweiten Ausschreibung wird es keine Müllexporte geben. Die Verantwortung für den in Berlin anfallenden Hausmüll bleibt in der Region. Das ist nicht nur umweltpolitisch ein Gewinn, sondern auch für die Wirtschaft. Die Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze bleiben in der Region.
- 3 Die gesetzeskonforme Entsorgung des Berliner Hausmülls ab dem 01.06.05 ist vollständig gesichert, trotz bundesweiter Engpässe. Die Bieter haben vertraglich zugesichert, dass es nicht zur befürchteten Zwischenlagerung von Abfällen auf Deponien kommen wird.
- 4 Die notwendigen Preissteigerungen werden für die Berliner verkraftbar sein. Berlin hat derzeit die niedrigsten Müllgebühren aller deutschen Großstädte. Bei einer durchschnittlichen Steigerung von monatlich 1,20 Euro pro Einwohner bzw. 2,20 Euro pro Haushalt bleibt ein sozialverträgliches Niveau erhalten. Dafür wird dann auch kein unbehandelter Abfall mehr auf Deponien verbracht.

Kurios ist die Kritik der Berliner CDU an der Vergabeentscheidung, der Aufsichtsrat hätte mehr einbezogen werden müssen. Dieser wurde nicht nur regelmäßig

informiert, sondern die Beteiligung der Senatsverwaltungen für Wirtschaft und für Umweltschutz war viel unmittelbarer. Schon der Parlamentsbeschluss sah vor, dass die Ausschreibung nur 'im Einvernehmen' mit dem Senat erfolgen darf. Dies wurde in intensiven Runden über den Inhalt der Ausschreibung voll umgesetzt.“

Auch die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, **Delia Hinz**, betont die positiven Ergebnisse der Ausschreibungen: “Von den Regierungsfractionen wurde Ende März 2003 – auch vor dem Hintergrund der Entscheidungen des europäischen Gerichtshofes – ein dringlicher Antrag eingebracht, der die Ausschreibung von 50% des Berliner Siedlungsabfalls im Rahmen von Dienstleistungen sowie eines PPP-Modells unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien zum Inhalt hatte. Damit sollte der Ausbau der MVA Ruhleben bis 2015 überflüssig werden. Mit den Ausschreibungen war auch die sozialverträgliche Gebührenentwicklung gefordert worden. Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen haben sich dem Antrag angeschlossen und mit der verbindlichen Wichtung der ökologischen Kriterien zu 33% sowie der Forderung nach stofflicher Verwertung von Gewerbeabfall ergänzt. Nur wenige Tage später hat der Senat den Beschluss übernommen und die Verfahren der Ausschreibungen in Gang gesetzt.

Die Fraktionen der Koalition sehen nach der Bekanntgabe der Ausschreibungsergebnisse die Beauftragung in hervorragender Weise – auch im Sinne der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung – als umgesetzt an. Berlin hat nun nach jahrelangem Planen und Umplanen endlich Sicherheit bei der Entsorgung von Siedlungsabfällen ab Juni 2005 entsprechend der Bundesgesetzgebung. Nachdem nun Klarheit über Verträge mit Partnern und technische Verfahren herrscht, erwarten PDS und SPD die zügige Erarbeitung und Vorlage eines Abfallwirtschaftskonzepts gemäß Landesabfallgesetz Berlin durch den Senat. Beide Fraktionen werden die Bauvorhaben in Umsetzung der vertraglichen Vereinbarungen begleiten und die sozialverträgliche Gebührenentwicklung nachdrücklich einfordern.“